

KOSTENLOS! WEIL UNBEZAHLBAR

# blickpunkt **TS**

DAS MAGAZIN DER CDU TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Ausgabe 1/2020 | 2. Jahrgang

## 30 JAHRE FREIGEWÄHLTE VOLKSKAMMER

### Die Geburt der Deutschen Einheit

ab Seite 4

**Neuer Kulturstadtrat im Amt** Seite 7

**Wenckebach-Klinik vor dem Aus?** Seite 9

**Kinderrechte stärken** ab Seite 16

**CORONA  
IM BEZIRK**  
TIPPS UND  
INFORMATIONEN  
ab Seite 11

## Das Niveau Einzelner hat selbst im Keller Höhenangst oder „how dare you?“

„Sicher erinnern Sie sich an das wutverzerrte Gesicht der am Asperger-Syndrom leidenden Greta. Uns beschäftigt in dieser Ausgabe auch das Thema, wie wir in unserer Gesellschaft miteinander umgehen. Ob Bedrohungen durch kriminelle Clansfamilien, Eltern in unterklassigen Fußballigen, die insbesondere Schiedsrichter verbal und körperlich angreifen, Angriffe auf Polizisten, Sanitäter und Feuerwehrleute, Politikerbeschimpfungen in übelster Form: Es ist eine ekelhafte Verrohung in unserer Gesellschaft zu konstatieren.

Da verwundert es nur mäßig, dass sich der öffentlich-rechtliche WDR bemüht hat, Omas als Umweltsäue zu beschimpfen, um dies, nach massiven Protesten, durch einen Redakteur mit dem Satz „wenn die Oma keine Umweltsäue ist, dann war sie eben eine „Nazisäue“ zusätzlich gipfeln zu lassen.

In dem WDR-Text heißt es u.a. „meine Oma fährt im SUV beim Arzt vor, über-



Bild: © HK

fährt dabei zwei Opas mit Rollator“ und „meine Oma brät sich jeden Tag ein Kotelett, meine Oma ist ne alte Umweltsäue“. Wenn Sie denken, man hätte diese durch unsere Gebühren finanzierten Journalisten wegen des Kreuzzuges gegen eine ganze Generation, der sie zudem allen Wohlstand verdanken, gekündigt, irren Sie.

Wes' Geistes Kind muss man sein, um auf einen solchen Schwachsinn zu kommen? Ein klares Opfer unserer verfehlten

Bildungspolitik. Die heutige Oma-Opa-Generation ist statistisch in der Hauptsache zwischen 50 und 70 Jahre alt. Eine Oma, die bei Kriegsende 18 Jahre alt war, müsste heute mindestens 93 Jahre auf dem Buckel haben. Dass die Kinder, die gern das zusätzliche Taschengeld ihrer Großeltern annehmen, für solch eine widerliche Beschimpfung missbraucht werden, ist einfach skandalös und alles andere als Satire.

Ich werde jetzt in meinen SUV steigen und mir zuhause ein Kotelett braten. Dabei verliere ich niemals die Hoffnung, dass wir es schaffen, miteinander auch im Streit respektvoll umzugehen, die divergierende Meinung argumentativ zu klären und nicht gleich jeden, der für Recht, Ordnung und Einhaltung von Regeln und Gesetzen eintritt, einfach den Mitmensch und auch die Großeltern als Nazis zu beschimpfen, sondern so zu behandeln, wie es sich gehört.

(Horst Kauffmann)

## In Trauer um die Opfer von Hanau



Bild: © CDU/Christiane Lang

Im hessischen Hanau wurden gezielt neun Menschen mit Zuwanderungsgeschichte erschossen. Wir trauern mit den Hinterbliebenen der Opfer und können die Angst und Sorge mitfühlen, die diese beschämende Tat bei Familien mit Zuwanderungsgeschichte auch in unserem Stadtteil ausgelöst hat.

Der Täter von Hanau hat aus rassistischer Ideologie gehandelt. In den letzten Jahren haben immer wieder rechtsextremistische Angriffe stattgefunden. Hanau

ist – nach dem Mord an unserem Parteifreund Walter Lübcke und dem Anschlag auf die Synagoge in Halle – ein weiterer rechts-terroristischer Akt in kurzer Zeit. Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Sie muss gestoppt werden – durch sicherheitspolitische Maßnahmen und einen starken Staat genauso wie durch eine klare Abgrenzung gegenüber rassistischen Parolen und Parteien.

Menschen in unserem Land sollen sich sicher fühlen, unabhängig von Herkunft,

Aussehen oder Religion. Berlin ist unsere gemeinsame Stadt, Tempelhof-Schöneberg unser gemeinsamer Bezirk, in dem wir keine Art von Hass und Hetze zulassen wollen.

Im Grundsatzprogramm der CDU steht: „So sind unser freiheitlicher demokratischer Verfassungsstaat, seine Werte und Normen bedroht durch Links- und Rechtsextremismus, gewaltbereiten Fundamentalismus, Terrorismus und organisierte Kriminalität.“ Und auch: „Wir brauchen daher Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Intoleranz, Extremismus und Gewalt. Es darf keine Toleranz gegenüber Intoleranz geben. Nach den leidvollen Erfahrungen mit extremistisch motivierter Gewalt sind wir uns der großen Verantwortung im Kampf gegen rechts- und linksextreme Gruppierungen bewusst.“ Dazu stehen wir als Ortsvorstand der CDU Schöneberger Westen und stellen uns in diesen Tagen in besonderer Weise an die Seite der Zielgruppen von Rechtsterroristen.

(Der Ortsvorstand der CDU Schöneberger Westen, Februar 2020)

## Tempelhof-Schöneberg im Blick

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Ausbreitung des Corona-Virus hat uns alle vor bisher unbekannte Herausforderungen gestellt – im geschäftlichen und im privaten Bereich. Viele Menschen sind derzeit in großer Sorge. Sie haben Angst um ihre Gesundheit und die ihrer Angehörigen und Freunde, aber auch um die eigene Existenz. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zurecht von der größten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg gesprochen.

Der Bundestag hat daher ein so noch nicht dagewesenes Maßnahmenpaket beschlossen, um die Folgen der Ausbreitung des Corona-Virus abzumildern. Während die Investitionsbank Berlin (IBB) nach wenigen Tagen mehr als 1 Milliarde Euro an Soforthilfen für Einzelunternehmer und Kleinbetriebe vergeben hat und die weiteren Antragsteller nun mit einem Warteschlangen-Management vertröstet, weigert sich der Senat, die mittelständischen Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitern, die das Rückgrat der Berliner Wirtschaft ausmachen, ebenfalls zu fördern – ein fatales Signal für die Berliner Wirtschaft, das drastische Auswirkungen haben wird.

Doch nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht macht der Senat in Berlin wie so oft keine glückliche Figur. In Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, bei der Feuerwehr und Polizei fehlt es in hohem Maß an Schutzmaterialien. Der Senat sucht einen Schuldigen, um seine eigene Unfähigkeit bei der Beschaffung von Schutzausrüstungen zu verschleiern und möchte nicht zugeben, dass er die Kontrolle völlig verloren hat. Vernünftiges Krisenmanagement sieht anders aus. All jenen, die durch ihre unermüdliche Arbeit Berlin am Laufen halten, gebührt vielmehr unsere volle Unterstützung. Anerkennung und unser aller Dank!

Unser Land steht in vielen Bereichen still und die Pandemie wirkt sich auch auf die politische Arbeit aus. Im Abgeordnetenhaus gelten wie überall die Abstandsregeln und der Sitzungsbetrieb der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg ist seit Mitte März ausgesetzt. Auch wenn viele geplante Aktivitäten nicht in gewohnter Form stattfinden können, heißt dies nicht, dass unsere Arbeit in Gänze ruht. In vielen Telefon- und Videokonferenzen arbeiten wir weiterhin unermüdlich für die Bür-



Bild: © Büro Graf

gerinnen und Bürger unseres Bezirks an besseren politischen Konzepten.

Zum Schluss: Der Austausch mit Ihnen ist uns wichtig. Bleiben wir also im Kontakt miteinander. Dabei nehmen wir gern Ihre Anliegen, Probleme oder Lebenserfahrungen in unsere Berichterstattung mit auf.

Viel Spaß beim Lesen und bleiben Sie gesund!

Mit herzlichen Grüßen

*Florian Graf*

Ihr Florian Graf, MDA  
Kreisvorsitzender

### In dieser Ausgabe ...

... auf den **Seiten 4 bis 6** sprechen wir mit Sabine Bergmann-Pohl.



Bild: © Sabine Bergmann-Pohl

... auf **Seite 6** erfahren Sie Aktuelles über das drohende Verkehrschaos in unserem Bezirk.



Bild: © Privat



Bild: © pixabay/1920\_falcoi

... auf den **Seiten 10 und 11** Spannendes über automatisiertes Fahren.



Bild: © Büro Luczak

... auf **Seite 12 und 13** finden Sie ein Interview mit Jan-Marco Luczak zum Thema Kinderrechte.

## „Lasst uns endlich Gemeinsames gestalten“

Sabine Bergmann-Pohl rät zum Blick in die Zukunft



Bild: © HK

**I**n der DDR wurde ihr das Studium lange verwehrt, letztlich erreichte sie dennoch ihr Ziel und wurde eine erfolgreiche Medizinerin, ehe sie den Weg in die Politik fand. Zur spannendsten Zeit des Einigungsprozesses führte Sabine Bergmann-Pohl den einstigen Unrechtsstaat in ein demokratisches System. Für wenige Monate war die Ärztin die einzige frei gewählte Präsidentin der Volkskammer und letztlich Staatsoberhaupt der untergehenden DDR. 30 Jahre nach dem berühmten Urnengang, blickt die legendäre Parlamentschefin zurück und spricht mit BLICKPUNKT TS über Erlebtes in Ost und West.

*Frau Dr. Bergmann-Pohl, in wenigen Tagen jährt sich die erste und einzige freie Wahl zur Volkskammer zum 30. Mal und wir freuen uns, dass Sie sich, trotz Ihrer vielen Termine, Zeit für uns genommen haben. Wie sind Sie eigentlich damals als erfolgreiche Fachärztin zur Politik gekommen?*

(lacht): Nun, eigentlich war das überhaupt nicht mein Plan. Aber als ich mit 34 Jahren Chefin einer Poliklinik wurde, verriet mir eine Kollegin, dass die SED ein Auge auf mich geworfen hat. Mir war natürlich bewusst, dass man ihr kaum entgehen konnte. So trat ich 1981 der CDU bei, einer der damaligen Blockparteien. 1987, ich war inzwischen

Ärztliche Direktorin für Lungenkrankheiten und Tuberkulose, wurde ich in den Vorstand gewählt und kümmerte mich um gesundheitspolitische Dinge.

Als dann die Mauer fiel und die erste freie Wahl der Volkskammer anstand, hatten wir sehr schnell gute Verbindungen zu den Freunden des CDU-Kreisverbands Schöneberg, die uns sehr unterstützten. Aus deren Reihen wurde ich dann mehrfach gebeten, für die Volkskammer zu kandidieren, was ich aber ablehnte. Naja, irgendwann sagte ich doch zu – allerdings unter der Bedingung, dass ich meinen Beruf nicht aufgeben müsste. Ich dachte wirklich, dass man nicht so viel zu tun hätte und glaubte, Mandat und Beruf parallel ausfüllen zu können. Letztlich holte mich die Realität aber sehr schnell ein, womit mein beruflicher Werdegang als Ärztin beendet war.

*Als Präsidentin der Volkskammer waren Sie ja auch Staatsoberhaupt...*

(lacht): Ganz ehrlich: Ich habe das erst einen Tag vor der Wahl erfahren. Es war Friedrich Bohl, der damalige Kanzleramtsminister unter Helmut Kohl, der am Abend vor der Wahl auf mich zukam und mich fragte, ob ich denn auch wüsste, dass ich im Falle meiner Wahl, auch Staatsoberhaupt sein würde. Ich fiel aus allen Wolken.

Man muss wissen, dass mein Verhältnis zu Lothar de Maizière damals nicht das

Beste war. Mit Reinhard Höppner gehörte er dem damaligen Übergangskabinet von Hans Modrow an und ich erfuhr, dass es Vorgespräche gegeben hatte und es ausgemacht war, dass das Amt des Parlamentschefs an die SPD gehen sollte. Höppner war als Präsident vorgesehen. De Maizière behauptet heute noch, er hätte zwei zusätzliche Ministerposten erhalten, wenn ich auf das Präsidentenamt verzichtet hätte. Aber es gab schon in der Fraktion erheblichen Widerstand und auch Kohl sah das anders. Es galt die Meinung: Wenn wir schon die Wahl gewonnen haben, dann fällt das Amt auch der CDU zu. Höppner wurde dann schließlich Vizepräsident.

Nach meiner Wahl war eigentlich geplant, dass ich das Amt des Staatsoberhauptes nur übergangsweise wahrnehmen sollte. Naja, schließlich blieb ich es bis zum Schluss – zumal es ja nur ein halbes Jahr betraf.

Ich leitete somit zwei Behörden und war bis zur Wahl des Ministerpräsidenten neben den Vizepräsidenten der einzige parlamentarisch legitimierte Vertreter mit Leitungsfunktion der DDR. Ich war Präsidentin, Parlamentschefin und sogar Oberbefehlshaber der Streitkräfte in einer Person. Was für eine verrückte Zeit...

Mit Höppner ging ich ein „Gentlemen's Agreement“ ein und beauftragte ihn als Vizepräsidenten, sich um die Vorbereitung der Sitzungen zu kümmern. Er war insofern geeignet, da er auch Vorsitzender des Geschäftsordnungs-Ausschusses war. So konnte ich mich mehr auf die Aufgaben als Staatsoberhaupt konzentrieren. Es war also eine Absprache im gegenseitigen Einvernehmen. Aber im Laufe der Zeit musste ich ihn ausbremsen. In den Präsidiumssitzungen musste ich darauf achten, dass es keine Beschlüsse gab, die sich direkt gegen die CDU richteten. Er verstand es nämlich, die Sitzungsleitung so zu gestalten, dass interessante Sitzungen durch ihn geleitet wurden. Das habe ich dann ändern und gerechter verteilen lassen. Schließlich rauchten wir uns aber gut zusammen.

Schwierig war es nur, weil mein Verhältnis zu Lothar de Maizière, dem neuen Ministerpräsidenten, kompliziert blieb. Daher war ich sehr froh, wichtige Infor-



### Zur Person

Sabine Bergmann-Pohl, 1946 in Eisenach geboren, ist seit 1979 Fachärztin für Lungenkrankheiten. 1980 übernahm sie die Stelle der Ärztlichen Leiterin für Lungenkrankheiten und Tuberkulose in Berlin-Friedrichshain, ehe sie in derselben Fachrichtung 1985 Ärztliche Direktorin der Bezirksstelle wurde. Seit 1981 war sie Mitglied der CDU in der DDR und zog als Abgeordnete im März 1990 in die erste frei gewählte Volkskammer ein, deren Präsidentin sie wurde. Als solche war sie zugleich das letzte Staatsoberhaupt der DDR. Mit

Vollendung der Deutschen Einheit war sie ab 1990 Bundesministerin für besondere Aufgaben und wechselte 1991 als Parlamentarische Staatssekretärin in das Bundesgesundheitsministerium. Mit dem Regierungswechsel 1998 schied sie aus der Bundesregierung aus. Dem Bundestag gehörte sie als Berliner Abgeordnete von 1990 bis 2002 an. Zudem übte sie zahlreiche Ehrenämter aus, u.a. als Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin. 2012 wurde sie mit der Stadtältestenwürde Berlins ausgezeichnet.

mationen über die Bundesregierung durch Günther Krause und Klaus Reichenbach zu erhalten.

*Wie betrachten Sie die Arbeit der Volkskammer aus heutiger Sicht?*

Also die Debattenkultur in der Volkskammer war wesentlich interessanter als im Bundestag, wo man alles bereits in den Ausschüssen ausdiskutierte, so dass es im Plenum schon fast langweilig wurde. Das ist ja bis heute so. In der Volkskammer war das anders. Unsere Debatten waren immer problemorientierter und man war zudem auch nicht auf Einwände des politischen Gegners vorbereitet, weil die intensive Ausschussarbeit, so wie im Bundestag, nicht bestand. Wir haben damals eben mehr und leidenschaftlicher im Plenum diskutiert. Dazu kam, dass die Volkskammer eine eher lockere Geschäftsordnung hatte, also auch mehr mit Zwischenfragen arbeitete. Das alleine steigerte die Debattenkultur erheblich. Außerdem waren unsere Abgeordneten auch viel emotionaler an den Debatten beteiligt. Wir mussten damals Demokratie einfach üben und lernen, was sich deutlich widerspiegelte. Das war alles sehr viel interessanter.

Ein sichtbares Zeichen war, dass das Plenum immer voll war. Heute sitzen da

überwiegend nur die betroffenen Ausschussmitglieder. Das war bei uns wirklich anders und auch dadurch viel lebendiger und spannender. Nicht selten haben wir Abgeordnete zuhause angerufen, wenn der Verlust der Mehrheit drohte. Ich erinnere mich an eine Abstimmung zu einem Gesetz, wo der CDU plötzlich Abgeordnete im Saal fehlten und wir wie verrückt herumtelefonierten, um sie ins Plenum zu holen.

*Mit der Wiedervereinigung wurden Sie ja zunächst Bundesministerin im Übergangskabinet von Helmut Kohl und wechselten 1991 als Parlamentarische Staatssekretärin in das Gesundheitsministerium. Welche Erfahrungen haben Sie damals – gerade als Ärztin und zudem als ostdeutsche Frau – gesammelt?*

Eines ist mir noch sehr gegenwärtig: Ich musste mit Erschrecken feststellen, dass die meisten West-Abgeordneten des Bundestags sehr wenig über die DDR wussten. Es haben mir sogar einige gesagt, sie wären noch nie in Ostdeutschland gewesen. Das hat sich bei vielen Themen widerspiegelt – wie auch bei der Diskussion um Paragraph 218. Da sind gerade die Ostfrauen sehr stark angegriffen worden. In der Fraktion ist nicht selten das Wort

„Rabenmutter“ gefallen, weil die ostdeutschen Frauen ihre Kinder in die Krippe gegeben haben und berufstätig waren. Diese Vorwürfe waren für mich nur ganz schwer zu ertragen.

Die meisten West-Kollegen wussten auch überhaupt nichts über das Gesundheitswesen in der DDR. Selbst das Wort „Poliklinik“ löste Irritationen aus, weil die meisten glaubten, es handelte sich um ein Krankenhaus. Wir mussten also immer wieder erklären, um was es eigentlich geht. Also um Ärztehäuser mit verschiedenen Fachrichtungen, was eine erhebliche Erleichterung für die Patienten darstellte. Kurze Wege. Fachübergreifende Diagnostik und Therapie.

Ich musste auch feststellen, dass die Beamten des Ministeriums eine restriktive Haltung gegen DDR-Erfahrungen einnahmen. Sätze wie „das haben wir ja noch nie so gemacht, und das machen wir auch in Zukunft nicht“ sind nicht selten gefallen. Es war also auch im eigenen Hause sehr schwer, bestimmte Dinge anzusprechen und durchzusetzen, geschweige DDR-Modelle zu übernehmen. Ich denke da an die Krebsregisterdatei. Dazu kam, dass sich auch die Länder ganz oft sperrten.

Lesen Sie weiter auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5:

## „Lasst uns endlich Gemeinsames gestalten“ Sabine Bergmann-Pohl rät zum Blick in die Zukunft



Bild: © HK

Unsere Erfahrungen wurden fast überhaupt nicht wahrgenommen oder wertgeschätzt.

Was aber sehr gut war, war mein Verhältnis zu Horst Seehofer, der 1992 Gesundheitsminister wurde. Er hat mein Fachwissen sehr geschätzt und mir per Erlass viele Kompetenzen übertragen. So auch die Dienstverhandlungen mit dem damaligen Bundesgesundheitsamt, das man nach dem AIDS-Skandal in einzelne Institute überführt hatte. Wir waren ein sehr gutes Team.

Aber es war alles sehr schwer. Die neuen Institute wollte ich evaluieren und forderte Forschungsberichte ein. Die Abteilungsleiter fielen aus allen Wolken und sperrten sich zunächst. Im Ergebnis war ich erstaunt, über welche unsinnigen Bereiche dort geforscht wurde. Mit dem Wissenschaftsrat und dem Robert Koch-Institut (RKI) bin ich dann die ganze Problematik angegangen. Heute hat das RKI im Bereich Infektionskrankheiten eine Vorreiterrolle. In manchen Dingen sogar weltweit.

### Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in unseren Land? Wachsen wir mehr zusammen oder sind wir inzwischen auf dem Weg, uns wieder voneinander zu entfernen?

Ich glaube, dass in viele Entwicklungen viel zu viel hineininterpretiert wird. Auch durch die Medien. Beispiel Chemnitz und der Aufmarsch der Rechten: Man muss wissen, dass die Führung dieser rechten Gruppierungen zumeist West-Importe sind, die über soziale Netzwerke dorthin

beordert werden. Vergessen wir nicht, dass es auch im Westen rechte Aufmärsche gibt.

Dieser Entwicklung muss man generell mit aller Deutlichkeit in Deutschland entgegentreten. Genauso wie den Umstand, dass die Lebens- und Berufserfahrungen der DDR-Bürger nach 1990 oftmals einfach ignoriert wurden. Nach dem Motto: „Da ist ein Staat untergegangen und deswegen kann das auch alles nichts taugen“.

Bis heute wird viel zu wenig berücksichtigt, dass sich die DDR-Bürger ihre Demokratie selbst erkämpft haben. Das war eine große Belastung besonders für die ältere Bevölkerung, welche sich auf völlig neue rechtliche, soziale und gesellschaftliche Rahmenbedingungen in einer zunehmend globalisierten Welt einstellen mussten.

Heute müssen wir uns deutlich darauf konzentrieren, Gemeinsamkeiten herauszustellen und eine bessere Zukunft für nachfolgende Generationen zu gestalten.

### Wie haben Sie Helmut Kohl und Richard von Weizsäcker erlebt?

Meinen ersten Kontakt zur Bundesregierung hatte ich ja über Friedrich Bohl, der – so habe ich es empfunden – vom Bundeskanzler geschickt wurde, um zu sehen, wer bei uns so gewählt wird.

Ich habe zu Helmut Kohl immer ein wirklich sehr gutes und sehr sachliches Verhältnis gehabt. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie man mich als Mitglied des Präsidiums der CDU verhindern wollte und mich Kohl anrief und mich aufbaute.



Bild: © Sabine Bergmann-Pohl

Eine Bevormundung, wie es viele Leute darstellen, gab es seitens Helmut Kohls in meine Richtung zu keinem Zeitpunkt. Er hat mich auch sehr unterstützt, als ich mich für einen doppelten Staatsakt zur Einheit einsetzte – also auch im Schauspielhaus. Rita Süßmuth, die Bundestagspräsidentin, wollte nur eine, nämlich im Reichstag. Aber es war meine Überzeugung, dass es richtig und wichtig war, wenn man einen Staat beerdigt, dies mit Würde und Respekt auch dort durchzuführen, wo der Staat existierte. Helmut Kohl und auch Wolfgang Schäuble sahen das genauso und unterstützten mich sehr.

Die Begegnungen mit Richard von Weizsäcker waren für mich immer sehr beeindruckend. Ein phantastischer Mensch. Er hat mir einen engen Mitarbeiter zur Seite gestellt, der mich bei der Ausübung meiner Rolle als Staatsoberhaupt sehr unterstützte, denn plötzlich war ich mit ganz neuen Rechtsakten, unter anderem mit Begnadigungen, konfrontiert. Das waren natürlich Bereiche, die mich sehr schnell an meine Grenzen geführt hätten. Ich bin von Weizsäcker deswegen heute noch sehr dankbar und glücklich, dass ich ihn kennenlernen durfte.

Das Interview führten Horst Kauffmann und Carsten Schanz am 06. Februar 2020.

## Zur Person

Matthias Steuckardt, 1979 in Bad Langensalza geboren, begann, nach dem Abitur und seinem Grundwehrdienst, an der Freien Universität Berlin ein Jura-Studium und trat 2002 in die CDU und 2005 auch in die Lesben- und Schwulenvereinigung der Union (LSU) ein. Von 2009 bis 2013 war er mit der Organisation des Bundestagsbüros von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder betraut. 2013 wechselte er als Büroleiter zum Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak. Bereits seit 2007 übernahm er verschiedene Funktionen in der Union. So ist er seit 2009 Vorstandsmitglied des CDU-Ortsverbandes Schöneberger Westen, war von 2010 bis 2013 Landesvorsitzender der LSU Berlin und von 2011 bis 2020 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung in Tempelhof-Schöneberg. 2016 wählte ihn die CDU-Fraktion zu ihrem Vorsitzenden. Seit dem 19. Februar ist Steuckardt neuer Bezirksstadtrat für Bildung, Kultur und Soziales.

## Neuer Bezirksstadtrat Matthias Steuckardt

„Kultur ist geeignet, die Menschen zu verbinden“

Ende Januar trat Jutta Kaddatz in den Ruhestand, und es war Aufgabe der CDU, die Position des Bezirksstadtrats für Bildung, Kultur und Soziales neu zu besetzen. Der bisherige Fraktionschef in der Bezirksverordnetenversammlung, Matthias Steuckardt (40), setzte sich schließlich innerparteilich gegen einen Mitbewerber durch und wurde am 19. Februar durch das Bezirksparlament gewählt. Blickpunkt TS sprach mit dem neuen Stadtrat.

### Herr Steuckardt, Sie sind Tempelhof-Schönebergs neues CDU-Bezirksratsmitglied. Was war eigentlich Ihre erste offizielle Amtshandlung als Stadtrat?

Tatsächlich war es eine schlichte Unterschriftsleistung. Direkt nach meiner Vereidigung musste ich den Empfang meiner Ernennungsurkunde quittieren. Da habe ich das erste Mal als Stadtrat mit grüner Stiftfarbe unterschrieben. Meinen ersten öffentlichen Termin habe ich sehr bewusst gewählt, es war zwei Tage später die Verlegung von neuen Stolpersteinen in Schöneberg. Die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten ist heute möglicherweise wichtiger denn je, damit nie wieder unser historischer Auftrag, in Vergessenheit gerät.

### Verraten Sie uns drei Ihrer wichtigsten Ziele als Bezirksstadtrat?

Sehr gerne. Es geht mir erstmal darum, die von Jutta Kaddatz begonnenen Projekte abzuschließen. Dazu

gehört die Eröffnung der Alten Mälzerei in Lichtenrade, die sich auf einem guten Wege befindet. Allerdings gibt es noch gewisse Unwägbarkeiten, ich hoffe aber sehr, dass wir im Herbst eine tolle Eröffnungsfeier erleben können.

Das zweite große Projekt ist die Neue Mitte Tempelhof. Da befinden wir uns gerade in der Planungsphase. Das für mich wichtigste Gebäude ist der sogenannte Kulturbaustein, in dem unter anderem eine Bibliothek, Räume der Volkshochschule und auch Teile der Musikschule Platz finden sollen. Außerdem soll Raum für Ausstellungen geschaffen werden. Also ein wirklich spannendes Projekt, ein kultureller Leuchtturm am Tempelhofer Damm, der viele wichtige Bereiche verbindet.

Der dritte Punkt ist ein sehr persönlicher. Ich möchte sehr viel vor Ort sein. Ob auf Straßenfesten oder in unseren Seniorenfreizeitstätten – ich will mit den Menschen ins Gespräch kommen. Viele nehmen Politik und damit auch Politiker als abgehoben wahr; das muss man bei einer ehrlichen Analyse leider so feststellen. Dem kann man nur begegnen, wenn man das Gespräch sucht und sich mit seinen Vorhaben, Gedanken und Werten positioniert. Das sehe ich als meine Aufgabe, auch wenn die Möglichkeiten eines Bezirksstadtrates endlich sind.

### Wenn Sie sich Ihren Zuständigkeitsbereich vor Augen halten: Wo sehen Sie Defizite der CDU?

(lacht) Ganz ehrlich: Ich glaube,

Bild: © CDU TS

dass die Union vor allem im Kulturbereich nachsteuern sollte. Ich bin davon überzeugt, dass Kultur geeignet ist, zu verbinden. Darum wünsche ich mir gerade in diesem Bereich auch mehr Wertschätzung. Dennoch habe ich aber auch Verständnis für jeden, der nicht mit allen Kunstgegenständen oder -werken etwas anfangen kann. Das geht mir ja manchmal selbst nicht anders.

### Bitte ergänzen Sie kurz die folgenden Sätze:

Die für mich größte Baustelle im Bezirk ist...

...die offenen Stellen der Verwaltung wieder zu besetzen, um den Ansprüchen der Menschen, die sie an ihre Verwaltung vor Ort haben, auch gerecht werden zu können.

Wenn ich Bürgermeister von Tempelhof-Schöneberg wäre, dann...

...würde ich vor allem das Gemeinsame, das Verbindende betonen. Das meine ich gesamtgesellschaftlich, aber auch mit Blick auf den Bezirk selbst, denn ich denke, dass Tempelhof und Schöneberg noch lange nicht so weit zusammengewachsen sind, wie es wünschenswert wäre.

Bei meinem politischen Handeln setze ich eher auf Kontinuität oder auf Ziel, weil...

Ich sehe hier keinen Widerspruch. Es gibt Ziele, die man nur mit kontinuierlichem Vorgehen erreichen und umsetzen kann.

(Das Gespräch führten Carsten Schanz und Horst Kauffmann am 28. Februar 2020.)

## Schöneberg

## Panta rhei – alles fließt: Posse um die Potse

Dieser altgriechische Aphorismus geht zurück auf Heraklit von Ephesos und beschreibt, ebenso wie in den Metamorphosen von Ovid, den Lauf des Lebens – weniger den des Geldes, aber das Vergehen der Unvernunft als Hoffnung. Und Geld fließt derzeit viel – allerdings in die falsche Richtung.

Die Kosten des Bezirks für die Besetzung der Räume der „Potse“ in der Potsdamer Straße haben inzwischen die Schallmauer von 100.000 Euro deutlich durchbrochen. Zur Vorgeschichte: Die Räume wurden im Rahmen eines Jugendprojektes „Drugstore“ vom Bezirk zur Verfügung gestellt, die Mietkosten übernommen. Nachdem der Vermieter den Vertrag gekündigt hatte, konnte man erwarten, dass die Herrschaften des Jugendprojektes die Räume freiziehen. Doch die dachten gar nicht daran und halten die Räume seit Monaten einfach besetzt. Der zuständige Stadtrat bot den Besetzern mehrere Ausweichobjekte, welche von den Besetzern rigoros abgelehnt wurden. Inzwischen ist die Angelegenheit



Bild: © Privat



Bild: © HK

gerichtsanhängig, ein Urteil ist etwa im Juni zu erwarten. Die Räumung wird vermutlich noch einige Monate in Anspruch nehmen, wie Bezirksstadtrat Oliver Schworck (SPD) mitteilte.

Legt man die vom Bezirk verlangte Nutzungsausfallentschädigung des Eigentümers, Verzugszinsen für zunächst nicht geleistete Zahlungen nach der Besetzung und Anwalts- und Gerichtskosten zugrunde, wurde bereits im Juni 2019 eine Summe von weit mehr als 100.000 Euro erreicht. Nach Angaben des Stadtrats ist mit einem Gesamtschaden von 200.000 Euro zu rechnen. Der Eigentümer verweist darauf, dass

er die Räume an einen anderen Mieter zum doppelten Mietpreis hätte vermieten können, was sich durch die Besetzung zerschlagen hat. Der CDU-Fraktionsgeschäftsführer Christian Zander, im Hauptberuf Rechtsanwalt, äußerte sich entsetzt. „Hier werden Steuermittel ohne Sinn und Verstand verbrannt“, sagt Zander. Er appelliert an die Vernunft der Besetzer, die Räume endlich heraus zu geben um weiteren finanziellen Schaden zu vermeiden, zumal der Bezirk nach Räumen für Konzerte und Proben suche. In seiner mündlichen Anfrage an das Bezirksamt wollte er wissen, aus welchem Haushaltskapitel die laufenden und künftigen Kosten inklusive Schadenersatzzahlungen beglichen werden, ob aus anderen Haushaltstiteln Mittel abgezogen werden müssen und ob der Bezirk eine Haftbarmachung der Verursacher anstrebe.

Das Bezirksamt teilte mit, dass die Kosten aus dem Kapitel „Jugendeinrichtungen“ und aus dem Titel für Gerichtskosten bestritten werden, die aber wahrscheinlich nicht ausreichen

und man dann im Bereich Jugend und letztlich im gesamten Bezirksamt nach freien Mitteln suchen müsse. Ob die Verursacher in Regress genommen werden können, wird geprüft. Ob aber vom Verein Potse e.V. derartige Forderungen beglichen werden könnten, darf angezweifelt werden.

Andere Jugendprojekte haben das Nachsehen, weil dafür nunmehr keine weiteren Finanzmittel ausgewiesen werden können. Die alleinige Schuld beim Stadtrat zu suchen, greift indes zu kurz. Es ist in dieser Stadt inzwischen symptomatisch, dass Einzelne meinen, nur ihre Interessen durchsetzen zu dürfen.

Fazit: Einige linke Chaoten haben im Bezirk eine Spielwiese und behindern so die Finanzierung anderer Jugendprojekte. Es wird Zeit, dass endlich etwas in die richtige Richtung fließt gemäß Nietzsche als Bejahung des Vergehens oder nach Hölderlin vom Werden der Vernunft und Vergehen der Tatenlosigkeit und der Beharrung. Der steuerzahlende Bürger wäre sicher erfreut. (HK)

## Bezirk

## Wenckebach-Klinikum vor dem Aus?

Eigentlich ist die Problematik nicht neu: Schon 2004 und 2008 wurde laut über die Schließung des Wenckebach-Klinikum (WBK) in Tempelhof nachgedacht. Doch bis heute ist es als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung mit 443 Betten in Betrieb. In sieben medizinischen Fachabteilungen – von der Kardiologie über die Allgemein- und Visceralchirurgie sowie Unfallchirurgie und Orthopädie bis hin zur Psychiatrie und Altersmedizin – werden jährlich etwa 21.000 Patientinnen und Patienten versorgt, mehr als die Hälfte von ihnen ambulant. Das WBK fungiert darüber hinaus als Unfallkrankenhaus mit einer Rettungsstelle für medizinische Notfälle.

Allerdings lässt sich nicht leugnen, dass die vorhandenen Strukturen, sowohl was die Ausstattung als auch die Bausubstanz anbelangt, nicht mehr zeitgemäß sind. Will man das Haus modernisieren und konkurrenzfähig erhalten, wären immense Investitionen nötig. Diesen finanziellen und bautechnischen Kraftakt scheint der landeseigene Krankenhauskonzern Vivantes nicht stemmen zu wollen. Stattdessen



Bild: © Privat

wird favorisiert, einen Neubau auf dem Gelände des gerade im Ausbau befindlichen Auguste-Viktoria Klinikums (AVK) in Schöneberg vorzunehmen.

Doch im Moment herrscht Stillstand: Das Neubaukonzept ist zwar bekannt, aber noch nicht beschlossen. Die Mitarbeiter wissen somit nicht, was die Zukunft bringt, ob Arbeitsplatz und -ort noch sicher sind. Die Bevölkerung weiß nicht, ob ein bewährtes und traditionsreiches Krankenhaus in Tempelhof in absehbarer Zeit schließen wird. Insbesondere der Vivantes-Betriebsrat hat sich vehement zu Wort gemeldet und sich für den Erhalt des WBK am jet-

zigen Standort ausgesprochen und der Konzernleitung ein „verfehltes Verständnis zum Versorgungsauftrag“ attestiert. Was nicht ausgeblendet werden darf: Neben Vivantes hat natürlich auch die Senatsgesundheitsverwaltung von Senatorin Dilek Kalayci (SPD) ein Mitspracherecht.

Es ist an der Zeit, dass Klarheit geschaffen wird! Die CDU lehnt eine Komplettschließung des WBK in Tempelhof ab. Wenn sich eine Modernisierung am derzeitigen Standort tatsächlich nicht realisieren lässt und ein Neubau am Standort des AVK unumgänglich ist, so muss in jedem Fall die bewährte Rettungsstelle des WBK und die daran angeschlossene Fachabteilungen (z.B. Chirurgie) erhalten bleiben. Die Tempelhofer haben ein Recht auf wohnortnahe, jederzeitige und niedrigschwellige medizinische Versorgung in akuten oder gar lebensbedrohlichen Lagen. Eine gut erreichbare Rettungsstelle ist hierfür ein wesentlicher Faktor.

(Guido Pschollkowsky, Bezirksverordneter)



Bild: © CDU TS

## Kiez-Detektiv

## Grünflächenamt verschleudert Steuergeld und bedrängt Kleingartenbesitzer

Berlin ist eine der grünen Städte Deutschlands. Dieses Bild wird besonders von Bezirken wie Tempelhof-Schöneberg mit seinen großzügigen Gartenkolonien geprägt. Leider werden diese Kolonien zunehmend von selbsternannten Naturschützern aus den Reihen der Grünen problematisiert. So erhielten die verschiedenen Gartenvorstände in Tempelhof, die lieber anonym bleiben wollen, Post vom Grünflächenamt. Darin wurden sie aufgefordert, alle Parzellen mit besonders insektenfreundlichen LED-Außenlampen zu versehen. Als Begründung wurde angeführt, dass gerade in den bei Insekten besonders begehrten Kleingartenkolonien, sehr viele Nachtfalter an künstlichen Lichtquellen verendeten oder bei zu großer

Dunkelheit die Orientierung verlieren könnten.

Für viele Kleingärtner ließ sich diese Idee nicht ohne weiteres umsetzen, denn der Umstieg kostet Geld. Oft verfügen die Gärten nicht über die benötigten Anschlüsse und Kabel, um die Außenlampen mit Strom zu versorgen.

Das Problem scheint den Grünen aber so dringlich, dass das Grünflächenamt und Bezirksstadträtin Christiane Heiß kurzerhand LED-Außenlampen mitsamt Kabelverlegung einheitlich für ganze Kolonien bestellte – finanziert aus Steuermitteln. Zwar hätte es im Sinne der geplanten Insektenschutzmaßnahme eigentlich gereicht, die Wege der Kleingartenkolonie aufzurüsten, dafür gab es dort aber nicht ausreichend

Kabelverbindungen und Anschlüsse. Darum ordnete das

Grünflächenamt die individuelle Montage an jede einzelne Hausfront an. Nun ließen sich die bereits bestellten LED-Lampen aber nicht an die unterschiedlichen Hausfronten montieren. Um die Lampen doch noch nutzen zu können, müssen jetzt zusätzlich entsprechende Pfähle bestellt und montiert werden.

Die Geschichte ist zum Redaktionsschluss noch zu keinem Ende gekommen – sie stellt dennoch anschaulich dar, wie grüne Politik in gut funktionierenden Kieze mit ihrem Regulierungswahn eingreift und dafür Steuergelder verschwendet.

(Kiez-Detektiv Johannes Rudschies)



Bild: © Privat

Unser Kiez-Detektiv für Sie vor Ort!

Liegt auch Ihnen Ihr Kiez am Herzen? Dann melden Sie sich bei uns!

Unser Kiez-Detektiv geht Ihren Anliegen auf den Grund.

Wir sind für Sie da: Telefon: 0176 728 24 720; E-Mail: kiezdetektiv@gmail.com.

Bezirksverordnetenversammlung

## Daniel Dittmar ist neuer Fraktionschef

Reibungsloser Wechsel an der Spitze der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Tempelhof-Schöneberg: Der 32-jährige Jurist Daniel Dittmar wurde am 17. Februar zum neuen Fraktionsvorsit-

zenden gewählt. Er folgt auf Matthias Steuckardt, dem neuen Stadtrat für Bildung, Kultur und Soziales. Dittmar gehört der BVV seit 2011 an und ist zugleich Sprecher für Bürgerdienste und Ordnungsangelegenheiten. (CS)



Bild: © CDU/TS

## CORONA IM BEZIRK TIPPS UND INFORMATIONEN



Bild: © Thomas Kutz

Bezirk

## Verkehrschao droht



Bild: © CDU/TS

Vertrauen wir der Prognose von Rot-Rot-Grün, so soll der neue Flughafen Berlin-Brandenburg im Herbst, spätestens im kommenden Frühjahr eröffnen. Das wirft die wichtige Frage auf, wie rund 34 Millionen Fluggäste jährlich die beiden Terminals in Schönefeld (Alt + Neu) erreichen sollen. Die CDU bemängelt seit langem, dass es seit 2012 keine Verbesserung in der ÖPNV-Anbindung gab, obwohl die Passagierzahlen um 10 Millionen Fluggäste angestiegen sind.

Zudem endet der Ausbau der Dresdner Bahn erst 2027. Zusätzlich soll ein Cargo-Terminal für LKW im Großraum Selchow entstehen, was zwangsläufig zu erheblichem Lieferverkehr über den

Lichtenrader-, Mariendorfer – und Tempelhofer Damm führen wird. In welchem Umfang auch Marienfelde mit der B 101 betroffen sein wird, lässt sich nur erahnen.

Nach einer Anfrage der CDU zur Bewältigung der Verkehrsanforderungen, teilte Bezirksstadträtin Christiane Heiß (Bündnis 90/Die Grünen) Ernüchterndes mit. Die Senatsverkehrsverwaltung hat die Auskunft schlichtweg verweigert. BVG und Deutsche Bahn verweisen auf die geplanten Flughafen-Anbindungen von S- und Regionalbahn. Zusätzliche Sonderbuslinien von zentralen Punkten, zum Beispiel Südkreuz, Bahnhof Zoo oder U-Bahnhof Alt Mariendorf, sind

nicht eingeplant.

Für die CDU steht fest: Die steigende Fluggastzahl wurde nicht berücksichtigt. Auch Taktverdichtungen bei S- und U-Bahn, die bereits aktuell unzureichend sind, werden kurzfristig ebenfalls nicht realisierbar. Schon heute entscheiden sich nur 10 Prozent der Fluggäste des Flughafens Tegel, die U-Bahnlinie 7 zur Anreise zu nutzen. Dies würde auch täglich 6.000 Fahrgäste mehr bedeuten, die jedoch auf eine Zugverbindung träfen, die bereits jetzt zu vielen Tageszeiten überfüllt ist.

Zur drohenden LKW-Belastung verwies die grüne Stadträtin auf das geplante Modellprojekt am Tempelhofer Damm, wonach eine Umlade-Station für Lastenfahräder geschaffen werden soll. Eine Maßnahme für mehrere hundert LKW? Für die CDU steht fest, dass der Bezirk mit der Flughafeneröffnung auf eine unkontrollierte Verkehrssituation zusteuert. Die Hauptlast wird den Süden des Bezirks betreffen, aber auch die Ortsteile Schöneberg und Tempelhof bleiben durch den zu erwartenden Dauerstau auf der Stadtautobahn und überfüllte Züge im ÖPNV nicht unberührt.

Die CDU erwartet eine realistische Verkehrsprognose und kurzfristige Maßnahmen zur Verkehrssteuerung im Süden Berlins. Wie üblich bewegt Rot-Rot-Grün bisher nur heiße Luft. Das wird aber für 25 Millionen Fluggäste nicht ausreichen. (Ralf Olschewski, Bezirksverordneter)



Bild: © CDU/TS

## Liebe Leserinnen und Leser!

Die Pandemie hat natürlich auch Einfluss auf die Redaktionsarbeit. Bereits vor Wochen mussten wir unsere Tätigkeit einstellen und den geplanten Druckauftrag zunächst stornieren. Für uns, die wir im Ehrenamt sehr viel Mühe und Herzblut in die Realisierung einer jeden Ausgabe investieren, eine schwere Entscheidung. Ich freue mich deshalb, dass wir jetzt dennoch in Druck gehen konnten. Meiner Auffassung nach ist es elementar, Menschen, die zum Teil alleine und isoliert ausharren müssen, auch über Ereignisse außerhalb des allgegenwärtigen Themas zu informieren. Gerade jetzt!

Die ursprünglich geplante Version haben wir daher kaum geändert. Im Gegenteil: Wir haben die Ausgabe mit zusätzlichen Seiten zum Thema COVID-19 ergänzt. Mein Dank gilt hierbei vor allem Tim-Christopher Zeelen, der in der aktuellen Lage als Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Abgeordnetenhausfraktion, mit Sicherheit eine der wichtigsten Funktionen unserer Partei ausübt und sehr kurzfristig als Interviewpartner zur Verfügung stand.

Meine persönlichen Helden sind aber auch die Freunde der Jungen Uni-

on, die in einer beispiellosen Aktion älteren und hilfebedürftigen Menschen bei täglichen Erledigungen – und zwar unabhängig davon, ob diese Parteimitglieder sind oder nicht – tatkräftig unterstützen. Auch Sie selbst können dieses Angebot nutzen!

Und wenn Sie vielleicht oft unzufrieden mit der CDU sind, so glauben Sie mir bitte: Auch langjährigen Mitgliedern macht es die Union nicht immer leicht, Entscheidungen zu verstehen. Aber jetzt ist die Zeit des Besinnens und des Zusammenrückens. Es ist die Zeit, in der eine große Partei zeigen kann und zeigen muss, was sie ist und wofür sie steht. Es ist die Zeit der CDU. Blickpunkt TS nimmt hierbei nicht die Stellung eines „Sprachrohrs“ ein, sondern zeigt deutlich auf, wo es Schwächen und Stärken gibt. Menschliche Dinge. Dinge, von denen wir gerade jetzt alle lernen und sozial profitieren sollten.

Wichtiger denn je ist es aber, dass Sie wissen, dass wir als Redaktion, aber vor allem unsere Funktions- und Mandatsträger, für Sie da sind. Beachten Sie daher die Hinweise auf der letzten Seite. Scheuen Sie sich nicht, den Kontakt zu suchen. Gerade in der jetzigen Situa-



Bild: © Nicola Papper

tion wird klar, wie wichtig die Arbeit der CDU ist. Vertrauen Sie der letzten großen Volkspartei, auch sie wird nach der Pandemie eine andere sein. Und vor allem: Bleiben Sie gesund.

Ihr Carsten Schanz  
Chefredakteur



Bild: © Jens Ahner

## „Der Senat hat Berlin schlecht vorbereitet“

Gesundheitspolitiker Tim-Christopher Zeelen

In der gegenwärtigen Coronakrise gehören sie zu den wichtigsten Fachpolitikern unserer Stadt: die Gesundheitspolitischen Sprecher der Abgeordnetenhausfraktionen. Der CDU-Abgeordnete Tim-Christopher Zeelen, der auch Vize-Chef der CDU-Fraktion ist, gab Blickpunkt TS ein Interview und berichtete über Aktuelles.

**Herr Zeelen, können Sie uns kurz Ihre Einschätzung zur derzeitigen Lage schildern, vor allem, was das Krisenmanagement des Senats betrifft?**

Die Corona-Pandemie hat Berlin fest im Griff. Der erste Berliner Corona-Fall liegt bereits einen Monat zurück. Am 20. Februar nahm der Senat noch für sich selbst in Anspruch, Berlin sei gut vorbereitet. Nun tun sich aber an vielen Stellen Probleme auf: Bis heute ist der Transport von Corona-Patienten von den Abklärungszentren in die häusliche Quarantäne durch Hilfsorganisationen nicht sichergestellt, weil die Senatsgesundheitsverwaltung die Verträge nicht unterzeichnet hat. Die Corona-Hotline des Berliner Senats war für viele hilfesuchende Menschen gar nicht erreichbar, weil sie völlig unterbesetzt war. Viele Strukturen sind weiterhin unklar. Nach wie vor fehlen medizinische und pflegerische Fachkräfte. Wir haben als

CDU vorgeschlagen, Zulassungsanträge ausländischer Ärzte und Pfleger, die zu 99 Prozent im Ergebnis positiv beschieden werden, im Adhoc-Verfahren zu genehmigen und das formelle Verfahren nach der Krise nachzuholen.

Uns allen muss bewusst sein: Es bleibt weiterhin ernst. Wir stehen noch am Anfang der Pandemie und der Bedarf an Krankenhaus-Kapazitäten wird weiter steigen. Beim Bau des Corona-Not-Krankenhauses lässt der Senat einen klaren Zeitplan und ein verbindliches Datum zur Inbetriebnahme vermissen. Insgesamt zeigt sich, dass Berlin nicht gut vorbereitet war, so wie es der Senat behauptet hatte. Dies zeigen auch die repräsentativen Umfragen, bei denen deutschlandweit die Menschen einzig und allein in Berlin das Krisenmanagement der Landesregierung als unzureichend ansehen.

Man merkt gerade jetzt in der Coronakrise, dass wir als Berliner CDU lieber Regierungsverantwortung hätten, als in der Opposition zu sein. Vom Spielfeldrand zusehen zu müssen, als operativ mitzumachen und zu gestalten, fällt in Krisenzeiten besonders schwer.

**Können Sie etwas zu Tempelhof-Schöneberg sagen?**

Es gibt deutschlandweit kaum noch eine Region, die nicht vom Virus betroffen

ist, da bildet Tempelhof-Schöneberg mit seinen mehr als 350.000 Menschen leider keine Ausnahme. Allein in diesem Bezirk gibt es mit heutigem Stand (Anm. d. Redaktion: 8. April 2020) 427 gemeldete infizierte Personen, wobei die Dunkelziffer sehr viel höher sein wird. Und leider sind bereits drei Menschen aus Tempelhof-Schöneberg an den Folgen der Infektion gestorben.

**Müssen wir in Berlin mit einer Maskenpflicht rechnen?**

Dass das Tragen einer einfachen Schutzmaske zumindest andere vor einer Infektion durch Tröpfchen schützen kann, wenn der Infizierte sie trägt, ist mittlerweile bekannt. Eine Maskenpflicht würde jedoch voraussetzen, dass es überhaupt ausreichend Masken gibt, um diese für jeden verbindlich zu machen. Es ist eine Frage der Verfügbarkeit. Priorität hat zunächst die Ausrüstung der Pflege- und Rettungskräfte sowie der Polizei und Feuerwehr.

**Welche Auswirkungen befürchten Sie für unsere Wirtschaft, also unser aller Rückgrat, und welche Hilfen wären jetzt dringend nötig, um die Folgen zu mildern?**

Die wirtschaftlichen Folgen lassen sich derzeit nur erahnen und könnten ein historisches Ausmaß annehmen. Wir können dankbar sein, dass die CDU-geführte

Bundesregierung in den letzten Jahren eine verantwortungsvolle und seriöse Finanzpolitik gemacht hat. Rettungspakete und Zuschüsse sind in diesem Umfang nur möglich, weil in den letzten Jahren gut gewirtschaftet wurde. Ich habe großes Vertrauen in die Bundesregierung bei der Abwendung der Negativfolgen für Wirtschaft, Industrie und Unternehmen. Der Senat hat trotz seinen Ankündigungen, dass kein Unternehmen bei den finanziellen Hilfen des Landes zurückbleiben wird, zunächst einmal die Soforthilfeprogramme gestoppt. Was es jetzt bedarf ist ein für mittelständische Unternehmen, also mit über fünf Mitarbeitern, nicht rückzahlbares Zuschussprogramm, wie es beispielsweise Brandenburg und Bayern eingeführt haben. Entscheidend ist, dass wir medizinisch schnellstmöglich in die Lage kommen, stufenweise das wirtschaftliche Leben wieder zu ermöglichen.

**Wäre nicht gerade in der jetzigen Situation eine stärkere Einbindung der Opposition durch den Senat dringend geboten?**

Es gab anfangs keine Beteiligung des Parlaments, nicht nur der Opposition. Das haben wir hart eingefordert. Mittlerweile gibt es einen täglichen Austausch. Wir sind in der Krise konstruktiv und stellen viele Sachanträge, um die Krise angemessen zu lösen. Für uns ist klar, dass derzeit politischer Streit hinten anstehen muss. Deshalb haben wir sämtliche Entscheidungen des Berliner Senats zu Eindämmung und Bekämpfung der Corona-Krise aus Verantwortung zu unserer Stadt mitgetragen. Dennoch erwarten wir gerade bei dem wichtigen Thema der Beschaffung von Schutzmaterialien mehr Engagement des Senats. Auf die Frage, wann wo was bestellt wurde, gibt es bislang keine konkreten Antworten.

(Das Interview führten Carsten Schanz und Horst Kauffmann am 08.04.2020)

Anm. der Redaktion: Am Tag der Druckfreigabe (23.04.2020) waren in Tempelhof-Schöneberg 540 Personen als infiziert gemeldet. Zudem gab es 14 amtlich registrierte Sterbefälle.

### Schon gewusst?

## In der Krise stehen Jung und Alt zusammen

Der Eine kann mit der Situation besser, der Andere nicht so gut umgehen. Trotz der angespannten Lage macht uns der Zusammenhalt Mut, auch wenn unsinnige Hamsterkäufe besonders vielen älteren Mitmenschen zu schaffen machen. Dinge des persönlichen Bedarfes werden zu horrenden Preisen im Internet angeboten. Hier sollte niemand notwendige Artikel kaufen. Was können Menschen tun, die nicht selbst einkaufen gehen können? Die Junge Union bietet landesweit einen Einkaufs- und Hilfeservice speziell für die ältere Generation an. Dafür gebührt den jungen Leuten Dank. Es zeigt deutlich, dass unsere Gesellschaft durchaus in der Lage ist, in Ausnahmesituationen auch zusammen zu halten. Wir sind überzeugt: So werden wir gut durch diese schwierige Zeit kommen. Es besteht nicht der geringste Druck, jetzt in Panik zu verfallen. Nutzen Sie das Angebot zur Unterstützung von der Jungen Union.

Heinrich Lemke  
Senioren-Union Tempelhof-Schöneberg



**Ihr Kontakt zu den Einkaufs-Helden in Berlin:**

Tobias Glowatz

Mobil: 0176 / 647 253 53

E-Mail: tobias.glowatz@juberlin.de

### Zur Person

Tim-Christopher Zeelen, 1983 in Berlin geboren, ist seit 2011 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. 2016 wurde er erneut direkt gewählt und vertritt Borsigwalde, Waidmannslust, Wittenau und Teile von Tegel im Berliner Parlament. Er ist Vorsitzender der Jungen Gruppe, Leiter des Arbeitskreises Sport und Gesundheit und stellvertretender Fraktionsvorsitzender sowie gesundheits- und pflegerischer Sprecher der CDU-Fraktion.

# Sind wir bereit für die Zukunft?

## Automatisiertes Fahren – Ein Interview mit Datenschutzberater Rainer Rehak

**S**ind selbstfahrende Autos tatsächlich ein erstrebenswertes Zukunftsprojekt und sind die Menschen von heute tatsächlich bereit dafür? Antworten liefert der Datenschutzberater Rainer Rehak. Er studierte Informatik und Philosophie in Berlin, Hongkong und Peking, lehrt an verschiedenen Universitäten und Hochschulen und promoviert derzeit am Weizenbaum-Institut über Konzepte zur Umsetzung demokratischer Prinzipien in IT-Systemen.

**Herr Rehak, Sie forschen am Weizenbaum-Institut über die vernetzte Gesellschaft, unter anderem zum Thema „selbstfahrende Autos“. Woher stammt Ihr Interesse und was genau bedeutet eigentlich „autonomes Fahren“?**

Ich bin Informatiker, habe auch Philosophie studiert und beschäftige mich schon sehr lange mit den Erwartungen an und Verheißungen von Technik. Das begann mit künstlicher Intelligenz und den Problemen technischer Umsetzung, aber auch mit den Fragen des Datenschutzes. Da gibt es Widersprüche zwischen dem, was Technik kann und wie sie politisch diskutiert wird. Mir fiel auf, dass „autonomes Fahren“ sehr verheißungsvoll klingt – aber irreführend ist. Korrekter ist nämlich „automatisiertes Fahren“, denn ein Fahrzeug funktioniert ohne Fahrer durch automatisierte Systeme und Computer. Das ist zum Beispiel auf einer Schiene zwischen zwei Stationen einfacher, ohne weiteren Verkehr und ohne Hindernisse. Viel schwieriger ist das beim Auto in einer Innenstadt, mit anderen Fahrzeugen und Verkehrsregeln, wo gelenkt werden muss. Dazu kommen unübersichtliche Verkehrssituationen: Jemand rennt auf die Straße, oder das Wetter verändert die Straßenverhältnisse. Menschen können darauf mit etwas Übung gut reagieren. Das aber technisch zu bewältigen, ist hochkomplex. Ohne Fahrer braucht man Sensoren wie Kameras und Abstandsmesser im Auto-computer, die die Umgebung erfassen und sich ein Modell dieser dynamischen

Welt bauen, Geschwindigkeitsregeln erkennen und vieles mehr.

**Was sind die computertechnischen Voraussetzungen für selbstfahrende Autos und wie ist der Stand der Technik heute?**

Man braucht im Auto leistungsfähige Computer, genug Sensoren und sehr gute Software. Wenn ein Mensch ein halb verklebtes Verkehrsschild sieht, erkennt er das, aber für Technik ist das sehr schwierig, genauso wirbelnde Blätter im Herbst auf der Straße, eine herumfliegende Plastiktüte oder plötzlich auftauchende Fahrradfahrer. Technik kann mit unerwarteten Situationen kaum umgehen. Als Informatiker sehe ich da sehr große Probleme, für die es keine technischen Lösungen im Auto gibt. Folglich müsste die Fahrbahn umgestaltet werden, es müsste Umzäunungen, Überdachungen und neue Verkehrsschilder geben, die von Sensoren gelesen werden können. Das wäre dann wieder eine Art von Schienensystem, denn nur so könnte die Umgebung einfach genug werden, dass Computer damit umgehen können. Automatisiertes Fahren verwendet jedoch keinen Funk fürs Lenken. Funk ist dafür viel zu unzuverlässig.

**Hacking oder Sensoren: Wo liegen die größten technischen Probleme?**

Zum Hacking: Komfort-Funktionen wie Stau-Erkennung, Auto-zu-Auto-Informationen, Abhol-Funktion usw. brauchen Funk. Aber Funk macht Autos über das Internet verwundbar. Dazu muss man wissen, dass wir bislang wenige Marktanreize haben, um Software den Umständen entsprechend sicher zu machen. Es gibt weder eine einheitliche Software-Haftung, noch ist es verboten, Sicherheitslücken offen zu lassen. Letzteres praktizieren Kriminelle, aber auch Sicherheitsbehörden, die verschlüsselte Kommunikation lesen wollen. Deshalb sind Computersysteme nicht so sicher, wie sie sein könnten und sollten. Über Funksysteme können Autos ferngelenkt, gestoppt oder verschlossen werden. Es gibt das Beispiel der automatischen Fahrzeug-Öffnung, wenn man sich dem



Bild: © CC BY-SA European Climate Foundation

Auto mit dem Schlüssel nähert. Hacker haben es schnell geschafft, Autos per Computer aus der Ferne zu öffnen. Wenn jetzt noch fernsteuerbare Fahrfunktionen dazukommen, kann man erahnen, welche Risiken unter den heutigen wirtschaftlichen Bedingungen von IT-Produkten entstehen.

Zu Sensoren: Man kann ein Auto mit ausreichend Sensoren bauen, am besten mit einer Art Turm auf dem Wagen, aber das wäre sehr teuer. Will man das, oder wird man Autos mit einem vertretbaren Minimum an Sensoren bauen, was günstiger ist? Die Sensoren werden nie perfekt sein und beispielsweise unerwartet fliegende Blätter nicht schnell genug erkennen. Zugleich sollte das Auto nicht ständig unvermittelt bremsen, was unbequem wäre. Aber es kann auch nicht bei unklaren Situationen einfach weiterfahren. Bei einer Testfahrt der Firma Uber im öffentlichen Straßenland wurde 2018 eine Frau tödlich verletzt: Sechs Sekunden vorher haben die Sensoren eine Unstimmigkeit registriert, aber nicht voll erkannt. Uber hat programmiert, erst zu bremsen, wenn ein Hindernis genau erkannt ist. So starb die Frau. Das sind Fragen der Abwägung von Komfort und Sicherheit. Dazu kommen letztlich die Kosten für solche Autos. Das sind meiner Ansicht nach keine rein technischen Entscheidungen, keine für Wirtschaftskonzerne, sondern für die Gesellschaft: Wir wollen Mobilität mit einer gewissen Sicherheit und zu bestimmten Preisen.

**Wer ist „diese Gesellschaft“, die entscheidet und wer außer Experten versteht, worum es bei solchen technischen Projekten tatsächlich geht?**



Bild: © pixabay/1920\_falch

Die Fachöffentlichkeit beschäftigt sich seit den 1990er Jahren mit den Fragen und seit circa fünf Jahren gibt es deutlich mehr öffentliches Interesse, bis ins Feuilleton von Zeitungen. Dort kommen auch Experten zu Wort. Wir werden viel mehr angefragt, es gibt Kompetenz in der Öffentlichkeit und mehr Fragen aus der Politik, die schließlich für uns die Gesetze machen soll.

**Das menschliche Gehirn befähigt zu komplexer Wahrnehmung und Reaktionen. Warum sollte man diese Kompetenzen nicht nutzen, sondern durch schwer umsetzbare, sehr energieintensive Technik ersetzen? Und wer soll solche Autos kaufen?**

Das ist die Kernfrage: Warum brauchen wir solche Autos überhaupt? Man könnte sagen, Menschen sollten sich mit komplexen Aufgaben befassen und das Autofahren an Computer abgeben – so die Idee aus Science Fiction. Aber es

gibt weitere Fragen: Wollen wir „Taxi für alle“? Oder verschärfen zusätzliche, selbstfahrende Autos nur das Platzproblem in der Stadt? Immer mehr Computer in Autos müssen irgendwo herkommen, mit Rohstoffen aus Konfliktregionen, die umweltschädlich und unter unmenschlichen Bedingungen abgebaut werden. Autocomputer müssen irgendwo programmiert werden – vielleicht in Indien? Es wird allein schon in der Entwicklung viel Energie verbraucht. Wie lange halten diese Computer, wie werden sie später verschrottet? Wahrscheinlich in Ghana auf einer Halde für Elektromüll! Welche neuen Probleme schaffen wir uns und den Menschen im globalen Süden? Apropos „Taxi für alle“: Wir haben doch schon den ÖPNV. Vielleicht können selbstfahrende Autos in einem nachhaltigen Verkehrssystem der Zukunft eine ganz andere Rolle spielen. Das könnte auf dem Land sein, als Kleinbusse, wo es wenig Verkehr und bislang zu wenige

Anbindungen an die Stadt gibt.

**Zur Frage des Datenschutzes: Inzwischen macht man sich Gedanken über die Daten, die schon von heutigen Bordcomputern in Autos erzeugt und an die Hersteller geschickt werden...**

Auch wenn es Überschneidungen gibt, muss man unterscheiden zwischen Daten über das technische Funktionieren und Daten über Insassen. Bei letzterem sehe ich bereits heute große Probleme. Es gibt jetzt schon Autos, die Daten rausschicken und bei denen die Hersteller mit diesen Daten Geld verdienen können, und es gibt Autos der Luxusklasse, die eben keine Daten rausschicken. Ab einer gewissen Preisklasse gehört der Schutz der Privatsphäre als Komfort dazu. Der Schutz der Person und persönlicher Daten sollte nach meiner Ansicht jedoch kein hochpreisiges Luxusgut sein.

(Das Gespräch führte Dr. Sabine Grund am 08. Januar 2020.)

## Mehr Kinderschutz durch Kinderrechte im Grundgesetz?

Ein Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak

**A**uch wenn nicht oft im Vordergrund stehend, so gehört der Kinderschutz zu den wichtigsten Themen der CDU. Blickpunkt TS sprach mit Tempelhof-Schönebergs direkt gewählten Bundestagsabgeordneten Jan-Marco Luczak, der zugleich rechtspolitischer Sprecher der CD/CSU-Fraktion ist.

**Herr Dr. Luczak, die Große Koalition hat vereinbart, Kinderrechte im Grundgesetz gesondert festzuschreiben. Haben Kinder in Deutschland denn heute keine Grundrechte?**

Der Schutz von Kindern ist der Union ein besonders wichtiges Anliegen. Kinder sind allerdings bereits heute schon selbstverständlich Träger von Grundrechten, ihnen stehen die gleichen Rechte zu wie Erwachsenen. Von Geburt an – und sogar schon davor – schützt unsere Verfassung ihre Menschenwürde, ihr Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und ihre körperliche Unversehrtheit. Glauben und Gewissen werden geschützt, weshalb Kinder ab dem zwölften Lebensjahr selbst entscheiden dürfen, welcher Religion sie angehören wollen.

**Dennoch scheinen unsere Kinder nicht ausreichend geschützt zu sein, denn immer wieder müssen wir von schrecklichen Verbrechen und von Missbrauch an Kindern lesen. Würde da die ausdrückliche Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz nicht helfen?**

Durch die ausdrückliche Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz werden Kinder leider nicht automatisch besser geschützt, denn dadurch erhält beispiels-

weise keine Behörde und kein polizeilicher Ermittler erweiterte Befugnisse bei der Verfolgung von Straftaten. Denn dies wird nicht in der Verfassung, sondern in anderen Gesetzen wie beispielsweise dem Strafrecht geregelt. Deswegen sollten wir beim Anliegen, Kinder besser zu schützen, unseren Blick nicht allzu sehr auf die Änderung des Grundgesetzes verengen.

**Das bedeutet, um zum Beispiel sexuellen Missbrauch von Kindern besser zu bekämpfen, bedarf es keiner Grundgesetzänderung sondern gegebenenfalls einer Anpassung des Strafrechts?**

Richtig. Und dafür setzen wir uns als Union seit langem ein. Erst im Januar dieses Jahres haben wir in der Regierungskoalition durchgesetzt, dass wir mit einem neuen Gesetz den Schutz unserer Kinder im Internet erhöhen und polizeilichen Ermittlern erweiterte Befugnisse im Kampf gegen Kinderpornographie an die Hand geben. Damit können wir nun gezielter gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie im Netz vorgehen und Taten verhindern bevor sie entstehen. Das ist ein gewaltiger Schritt in Richtung mehr Kinderschutz!

**In dem Gesetz ging es um das Thema „Cybergrooming“, was genau versteht man darunter?**

Beim Cybergrooming sprechen Pädophile Minderjährige in der Anonymität des Netzes gezielt an, um sexuelle Kontakte anzubahnen oder an explizites Bild- oder Videomaterial zu gelangen.

**Und das war bisher nicht strafbar?**  
Straflos war es bislang, wenn Täter in

einem Chatroom oder in sozialen Medien nicht tatsächlich mit einem Kind, sondern mit einem Lockvogel wie beispielsweise einem ermittelnden Polizeibeamten kommunizierten. Das haben wir nun geändert: Zukünftig ist bereits der Versuch strafbar, sexuellen Kontakt mit einem Minderjährigen anzubahnen.

Zudem erlaubt das Gesetz Ermittlern unter strengen Voraussetzungen, computergeneriertes Bildmaterial zu erzeugen, um so Zugang zu den Tauschbörsen für Kinderpornographie zu erhalten und die Täter aufzuspüren. Dadurch können wir den Markt für Kinderpornografie effektiver bekämpfen. Kein Täter soll sich im Bereich Kindesmissbrauch noch sicher fühlen können.

**Welche weiteren ganz konkreten Maßnahmen würde denn den Schutz unserer Kinder verbessern, die keine Anpassung des Grundgesetzes betreffen?**

Da brauchen wir uns nur in unserem Bezirk Tempelhof-Schöneberg umzuschauen, hier klagen beispielsweise die Jugendämter seit langem über Personalnot. Eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung von Familien- und Jugendämtern aber auch von Polizei und Ermittlern wäre daher ein ganz konkrete und spürbare Maßnahme.

**Das erscheint nachvollziehbar. Und dennoch, um die Aufnahme von Kinderrechten im GG wird politisch weiter und durchaus kontrovers diskutiert, warum?**

Wir gehen dieses Thema – vor den genannten Hintergründen und anders als unser Koalitionspartner und die Oppositi-

on – sehr behutsam an. Wir sind dafür, die Grundrechte von Kindern in der Verfassung sichtbarer zu machen, aber wir sehen hier durchaus auch kritische Aspekte.

**Kinderrechte im Grundgesetz können also auch ungewollte Folgen haben?**

Ja. Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Familie. Es ist, wie es unsere Verfassung so schön formuliert, das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht, Kinder zu erziehen. Sie tragen dafür die Verantwortung und wir wollen grundsätzlich nicht, dass der Staat sich dort einmischt. Erst wenn Eltern ihre Pflichten nicht wahrnehmen oder die Kinder vernachlässigen, greift das sogenannte staatliche Wächteramt. Dann kann und muss der Staat zum Wohle der Kinder eingreifen. Aber nicht früher. Dieses in Art. 6 Grundgesetz heute sehr sorgsam austarierte Dreiecksverhältnis von Eltern, Kind und Staat wollen wir bewahren.

**Und dieses sichere Dreiecksverhältnis zwischen Staat-Eltern-Kind könnte durch die Aufnahme von Kinderrechten gefährdet sein?**

Das kommt darauf an, welche konkreten Formulierungen in das Grundgesetz aufgenommen werden. Wenn wir etwa neue Begriffe oder eher offene Formulierungen einfügen, kann dies zu einer Änderung der Rechtsprechung führen. Das ist sehr schwer vorherzusagen, kann dann aber durchaus Auswirkungen auf das Dreiecksverhältnis von Eltern – Kind – Staat haben. Denn wer soll für das Kind, das noch zu klein ist, um seine Grundrechte selbst auszuüben, tätig werden? Bislang sind dies richtigerweise die Eltern, der Staat ist im Rahmen seines subsidiären Wächteramts nur in besonderen Fällen gefragt. Am deutlichsten wird diese Problematik an einem Extrembeispiel: In totalitären Systemen übernimmt der Staat ganz bewusst eine stärkere Rolle im Rahmen einer staatskonformen Kinder- und Jugendziehung und „Fürsorge“. Das wollen wir auf gar keinen Fall!

**Wie würde die CDU/CSU denn Kinderrechte im Grundgesetz ausgestalten und den Schutz unserer Kinder stärken?**

Wir wollen die Rechte der Kinder stärken und damit deutlich machen, dass wir für

eine kindgerechte Gesellschaft eintreten. Das wollen wir mit und in den Familien erreichen, nicht gegen Eltern. Nach meiner Auffassung wird daher im Grundgesetz festschreiben, dass die Erziehung der Eltern dem Wohl des Kindes dienen muss. Dadurch beschränken wir die Rechte der Eltern nicht, verpflichten sie bei der Erziehung aber auf das Wohl des Kindes. In der Konsequenz würde dies bedeuten, dass der Staat in Missbrauchs- oder Fällen von Vernachlässigung, wenn Eltern dem Kindeswohl nicht Rechnung tragen, einschreiten können, aber eben nur dann.

Die Festschreibung von Kindergrundrechten in der Verfassung ist am Ende ein Symbol, wenngleich ein wichtiges. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns vor allen Dingen um den ganz konkreten Kinderschutz kümmern müssen. Dazu müssen wir das Strafrecht anpassen, Kinder- und Jugendämter sowie Polizei und Justiz besser ausstatten. Vor allen Dingen brauchen wir aber ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür, dass Kinder wahr- und ernst genommen werden.

Das Interview führte Carsten Schanz

## Schon gewusst?

### Bis ins kleinste Detail

Drehtage in der Region Berlin haben sich in den vergangenen 15 Jahren mehr als verfünffacht. Auch Tempelhof-Schöneberg ist oft Kulisse für Megaproduktionen sowie kleinere Filme und Serien. So ist es wenig überraschend, dass unser Bezirk 2018



Bild: © Babylon Berlin

einen ordentlichen Anteil der insgesamt 2.642 in Berlin erteilten Dreherlaubnisse verbuchen kann. In einer kleinen Reihe wollen wir immer wieder Aspekte von Filmen und unterschiedliche Produktionen aufgreifen, die bei uns im Bezirk entstehen.

„Babylon Berlin“ hat große Teile des deutschen Fernsehpublikums verzaubert. Es nimmt die Zuschauer mit ins Berlin des

Jahres 1929. Als erste deutsche TV-Serie stellt „Babylon Berlin“ sämtliche Aspekte der politischen Entwicklung der Weimarer Zeit dar. Das Berlin der Zwanziger war eine rauschhafte Metropole, geprägt von ausufernden Partys aber auch vieler Verbrechen. Zu dieser Zeit gab es doppelt so viel Morde wie heute, Drogen und Prostitution waren in Kreisen jenseits der Armut allgegenwärtig, Berlin war ein Sündenpfuhl.

Das Rathaus Schöneberg ist öfter Kulisse, um das Berliner Polizeipräsidium darzustellen. Denn Polizei und Gefängnisse lassen keine Filmteams mehr in ihre Gebäude. Die Filmteams müssen ausweichen und andere Locations finden, wobei in öffentlichen Gebäuden immer nur sonntags gedreht werden kann.

Im Rathaus Schöneberg ist dann der Paternoster wieder im Einsatz. Aus ihm heraus wird gefilmt: ein lebendiges Haus soll ohne Schnitt und Unterbrechung ‚im Kasten‘ landen. Über drei Etagen sollen mit viel Sorgfalt eingefangen werden. Das funktioniert nicht immer gut und kann für Schauspieler und Statisten bei vielen

Wiederholungen sehr anstrengend sein. Vor allem bei viel Liebe zum Detail, die bei „Babylon Berlin“ waltet. Selbst bei den über 3000 Komparsen, die beim Dreh der dritten Staffel im Einsatz waren, gilt sie. Zeitgemäßes Schuhwerk ist zum Beispiel ein Muss. Das andauernde Treppenstei-



Bild: © Babylon Berlin

gen macht es den Frauen dann bei den Dreharbeiten besonders schwer. Auf jedes Detail wird geachtet – selbst auf solche, die mitunter gar nicht zu sehen oder zu erkennen sind, wie etwa Socken oder kleinste Mengen Make Up. Die dritte Staffel wird seit Ende Januar auf Sky und im Herbst dann im Ersten gesendet. (EM)

## Wenn einer eine Kneipe hat



Bild: ©Privat

**Unser Autor Horst Kauffmann erinnert an den ominösen „Mümmelmann“ aus der vorletzten Ausgabe, den es nicht einmal im KaDeWe gab. Im zweiten Teil der Geschichten geht es um Sportsfreude oder solche, die sich dafür halten. Hans Werner Sens, der ehemalige Kneipenwirt, ist Schauspieler, Regisseur und Kabarettist und wie man seinem Buch „Zum Umsteiger“ (ISBN 978-3-8423-5366-4) entnehmen kann, ein Menschenbeobachter.**

### „Sport der anderen Art“ aus dem Buch „Zum Umsteiger“

Ich habe es immer als störend empfunden, wenn in einer Kneipe ein Fernseher seinen Dienst verrichtete und das, um möglichst niemanden zu belästigen, ohne Ton. In den meisten Fällen sieht da sowieso nur der Kellner hin und vergisst dabei, den Gast zu bedienen. Doch keine Regel ohne Ausnahmen,

wie zur Fußball-WM 2006. Beim Spiel Deutschland gegen Polen hatten wir zu dieser Zeit eine Kellnerin aus Polen. Bei ihr traf die alte Operettenzeile „der Polinnen Reiz ist unerreich“ hundertprozentig zu. Es dauerte nicht lange und die Hälfte aller ledigen männlichen Gäste waren bis über beide Ohren in sie verliebt. Ich wurde ständig nach ihrer Telefonnummer gefragt, übrigens auch von Verheirateten.

Einen Tag vor dem Spiel fragte Slavka mich, ob sie mit ihrem Bruder und Onkel in der Kneipe Fußball schauen könnten. Auf meine Frage, ob sie keinen Fernseher zuhause habe, sagte sie: „Doch, aber Hendrik hat uns eingeladen“. Hendrik war ein Gast und glühender Verehrer. Mir war es recht und am nächsten Abend waren alle da und Hendrik benahm sich wie ein Primaner. „Ich möchte, dass heute alles perfekt ist“. Ich muss aber meine Kellnerin nicht siezen? Er schaute mich an, als hätte ich eine Majestätsbeleidigung ausgesprochen. „Heute ist sie nicht deine Kellnerin, sondern mein Gast“. Ich murmelte etwas wie „wohl Fieber“. Das Spiel war fast zu Ende, als Neuville das Siegtor erzielte. Unsere polnischen Freunde waren sehr enttäuscht und Hendrik stammelte etwas von einer Entschuldigung, weil Deutschland gewonnen hatte.

Ein paar Wochen später war ich erstaunt, dass viel Polizei auf der Straße war. Mehrere Streifenwagen und Polizisten auf dem Gehweg und an den Eingängen zur U- und S-Bahn. Soviel ich mitbekam, fand im Stadion am Viktoriapark ein Fußballspiel zwischen einer bekannten deutschen und einer ebenso bekannten Berliner Mannschaft mit türkischem Namen statt. Hendrik versuchte Slavka zu überzeugen: „Du musst hier zu machen heute, die sind bekannt dafür, jede Kneipe nach dem Spiel aufzumischen“. Mittlerweile war es auf der Straße immer voller, die „hochgefährlichen“ Fanlager wurden getrennt durch die Polizei begleitet.

Ich sagte: „Siehste, die treffen sich gar nicht“. „Warte nur ab“, Hendrik nickte wissend mit dem Kopf. Etwas später öffnete sich die Tür und vier junge Polizisten fragten, ob sie die Toilette benutzen dürften. Klar, für die Freunde und Helfer sogar kostenlos. Kaum waren die hinter der Toilettentür verschwunden, kamen weitere Besucher, die erkennbar keine Polizisten sondern „Fans“ waren. „Wo issten hier die Toilette?“ „Direkt vor Dir und kostet 50 Cent“ war meine Antwort. „Das wollen wir erst mal sehen“, war die hochmütige Antwort. „Ich glaub, du weißt nicht, wer wir sind“, meine Holde zog mich zurück und sagte: „Reg dich nicht auf“. Slavka stand hinter dem Tresen und wusste nicht, was sie sagen sollte und Hendrik hatte diesen „Ich hab`s ja gewusst Blick“, obwohl seine Körperhaltung eine Menge Angst signalisierte. „Na geht doch“, triumphierend öffnete der „Fußballfan“ die Toilettentür.

Was dann passierte, ging sehr schnell. Die Fußballer sahen die vier Polizeischränke und standen plötzlich an der Theke, jeder mit 50 Cent in der Hand. „War doch nur Spaß“, sagte der Anführer und gab mir einen Euro.



Bild: ©Privat



Bild: ©Privat

## Abenteuer U-Bahn

von Wolfgang Kaminski

**A**ls passionierter Autofahrer wollte auch ich meinen Beitrag zum Klimaschutz leisten und öfter mit den „Öffis“ fahren.

Guten Mutes stiefelte ich zum nächsten U-Bahnkopf der Linie U2 und erwarb Fahrscheine am Automaten, das heißt ich war guten Willens, das zu tun. Der erste Automat nahm weder Kleingeld noch EC-Karte, aber – nicht schlimm – es war ja noch ein zweites Gerät vorhanden. Widerwillig spuckte dieses dann die Fahrscheine aus, allerdings waren sie kaum zu lesen.

Mit dem entwerteten Fahrschein bestieg ich den Zug, in dem bereits fröhliche Musikanten ein lautes Ständchen voller falscher Töne zum Besten gaben, nicht ohne anschließend mit einem Hut herumzugehen verbunden mit der Bitte um eine milde Gabe. Die Musikanten stiegen am nächsten Halt aus, die Fahrscheinkontrolleure ein. Mir wurde ein wenig mulmig, weil doch mein Fahrschein eher wenig beschriftet war. Ich hielt also dem Kontrolleur das Scheinchen hin, er schaute es skeptisch an, sagte aber nichts, was auch besser war.

Nachdem ein Obdachloser mit Be-

gleithund in epischer Länge den Fahrgästen erläuterte, dass seine Krankenkasse die für ihn notwendigen Bandagen nicht bezahle und er deshalb um Geld bitten müsse, erreichte ich den Alexanderplatz und stieg aus. Mein Weg führt mich nun direkt zum Bahnsteig der U8. Warum stehen hier so viele Leute? Ach, der Zug ist ausgefallen und der nächste kommt in acht Minuten, allerdings als Kurzzug. Ich staunte, als dieser einfuhr. Sind die U-Bahnen nicht immer gelb gewesen? Dieser war so bunt, dass man den gelben Untergrund gar nicht mehr erkannte. Leider waren das eher hässliche Schmierereien als Kunst. Beim Einsteigen wurde ordentlich geschoben, es sollten schließlich fast alle Leute rein in den Waggon. Wir standen also eng an eng gedrängt, ich stand direkt neben einem Drogenjunkie, der gefühlte zwei Wochen nicht mehr geduscht hatte. Er musste am Moritzplatz raus, wohl Nachschub holen. Da wurde richtig geschoben, gedrängt und gemeckert. Aber hey, man will ja auch kommunizieren, oder? Am Kottbusser Tor stieg ein junger Mann ein, der lautstark pöbelnd mit „seinem zweiten Ich“ sprach und alle umbringen wollte.

Am Bahnhof Boddinstraße hatte ich mein Ziel erreicht und stieg aus. Das Nächste, was ich sah, war ein Mann, der auf der Bank am Bahnsteig schlief, die letzte Mahlzeit lag quasi vor ihm auf dem Fußboden. Ich beeilte mich, die Treppen in Richtung Straße hochzusteigen und rutschte auf dem herumliegenden Müll fast aus. Naja, Sauberkeit wird auch überbewertet.

In der kommenden Nacht hatte ich einen Traum: Problemlos zog ich Fahrscheine aus dem Automaten, die Züge waren hell, sauber und pünktlich. Während der Fahrt konnte ich lesen oder aus dem Fenster schauen. Kein unnützer Lärm störte die Fahrt, das Umsteigen war problemlos, weil auch die andere U-Bahnlinie pünktlich fuhr und am Zielbahnhof stieg ich aus und der Bahnhof war gepflegt und die Bänke luden zum Sitzen ein.

Fazit: Solange nicht erkennbar wird, dass sich an den alltäglichen Zuständen in den öffentlichen Verkehrsmitteln etwas positiv verändert, dass wirklich daran gearbeitet wird, die Öffis immer sauber, gepflegt, sicher und pünktlich fahren zu lassen, sind sie für mich keine auf Dauer zumutbare Alternative.

## Für Sie vor Ort

### CDU Tempelhof-Schöneberg

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin  
Telefon: 030 751 33 88  
info@cdu-tempelhof-schoeneberg.de  
www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

### CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg

Rathaus Schöneberg, Raum 3054  
John-F.-Kennedy-Platz | 10820 Berlin  
Telefon: 030 784 83 96  
info@cdu-fraktion-ts.de  
www.cdu-fraktion-tempelhof-schoeneberg.de

### Bürgerbüro Dr. Jan-Marco Luczak MdB

Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin  
Telefon: 030 757 04 264  
jan-marco.luczak.wk@bundestag.de  
www.luczak-berlin.de

### Bürgerbüro Markus Klaer MdA

Burchardtstraße 1-3 | 12305 Berlin  
Telefon: 030 751 33 88  
markus.klaer@cdunet.de  
www.markus-klaer.de

### Bürgerbüro Roman Simon MdA

Kaiserstraße 144 | 12105 Berlin  
Telefon: 030 74 00 1591  
info@romansimon.de  
www.romansimon.de

### Bürgerbüro Florian Graf MdA

Tauernallee 4 | 12107 Berlin  
Telefon: 030 74 00 1590  
kontakt@florian-graf.info  
www.florian-graf.info



### blickpunkt TS IMPRESSUM/BILDHINWEISE

HERAUSGEBER: CDU Tempelhof-Schöneberg, Kolonnenstraße 4 | 10827 Berlin  
info@cdu-tempelhof-schoeneberg.de | www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de | Vi.S.d.P.: Florian Graf MdA  
REDAKTIONSSCHLUSS: 21.04.2020 | REDAKTION: Chefredakteur: Carsten Schanz | Chef vom Dienst: Dipl.-Ing. Horst Kauffmann | redaktion.blickpunkt-ts@cdu-ts.de  
LEKTORAT: Denis McGee | SATZ/LAYOUT: André Laurman-Urbanski | DRUCKEREI: Druckcenter Berlin.  
ALLGEMEINER HINWEIS: Die Redaktion ist Inhaberin der Bildrechte, insofern keine gesonderten Urheber- oder



**CDU** TEMPELHOF-SCHÖNEBERG